

Beschlüsse der IPPNW-Mitgliederversammlung am 5. Mai 2018 in Köln

Übersicht:

1. Waffenlieferungen an die Konfliktparteien in Jemen stoppen, das Gesundheitswesen stärken
2. Kein Krieg zwischen Israel und dem Iran
3. Resolution: Deeskalation jetzt – Zivile Lösungen für Syrien
4. Klimawandel und Gesundheit
5. Türkei: Verletzung von Menschenrechten beenden
6. US-Air Base Ramstein: Stoppt die Steuerung der Drohnenangriffe – schließt den Kriegsstandort Air Base Ramstein!
7. Investitionen in Zivile Konfliktbearbeitung, Friedenserziehung und Rüstungskonversion anstatt in das 2%-Ziel der NATO
8. Gaza: 32 Tote – 5.000 Verletzte: Die Gewalt gegen friedliche Proteste muss beendet werden
9. Aufforderung zur atomaren Abrüstung
10. Projekt Menschenrechtstribunal durchführen
11. Mayors for Peace und Russell-Einstein-Manifest
12. Vereinsnamen

1. Waffenlieferungen an die Konfliktparteien in Jemen stoppen, das Gesundheitswesen stärken

Die Mitglieder der deutschen IPPNW sind betroffen vom Leiden der Menschen im Jemen und suchen nach Wegen, sich für Frieden einzusetzen. Sie wenden sich an die deutsche Bundesregierung, da deren rüstungs- und bündnispolitischen Entscheidungen unmittelbare Auswirkungen auf die Situation in dem Land haben.

Die politische Krise im Jemen und die Kriegshandlungen können nur durch Menschen im Jemen nachhaltig behoben werden. Externe militärische Interventionen haben dagegen einen sehr großen Anteil an der Entstehung und Fortdauer des Krieges.

Die Mitgliederversammlung der IPPNW fordert von der deutschen Bundesregierung

- alle Waffenlieferungen aus Deutschland an die Konfliktparteien im Jemen und an deren ausländischen Unterstützer sofort zu unterbinden.
- in den internationalen Beziehung allen Einfluss geltend machen, damit die Kriegshandlungen eingestellt werden und die Blockade der Versorgung der Zivilbevölkerung für alle Transportwege komplett aufgehoben wird.
- sich dafür einzusetzen, dass alle Akteure am Friedensprozess beteiligt werden und alle Parteien echte Kompromisse eingehen.
- umfassende humanitäre Hilfe für die hungernden Menschen und für die Bekämpfung von Cholera, Diphtherie und Malaria¹ zu leisten.
- das Gesundheitswesen zu stärken durch den Wiederaufbau der zerstörten Krankenhäuser sowie durch Mittel für die fehlende Ausstattung der verbliebenen Krankenhäuser und die fehlende Bezahlung der GesundheitsarbeiterInnen.

Begründung:

Das militärische Eingreifen in das komplexe Geflecht von Interessen und Gruppierungen der jemenitischen Gesellschaft haben die Lage der Bevölkerung massiv verschlechtert und zu einer humanitären Katastrophe geführt. Saudi-Arabien, mit Unterstützung von Staaten des Golf-Kooperationsrates sowie Ägypten und mit Hilfe von Logistik und Aufklärung durch die USA, ebenso wie der Iran auf der anderen Seite heizen den Konflikt an.

Statt militärischer Maßnahmen braucht es einen dialogischen Friedensprozess der internen und externen Akteure, auf den Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln hinwirken muss. Ein besonderer Wert sollte dabei auf die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und die Mitwirkung von Frauen gelegt werden, weil dies

1 <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/jemen-gesundheitssystem-malaria>

erfahrungsgemäß die Nachhaltigkeit von Friedens-, Versöhnungs- und Wiederaufbauprozessen erhöht.

Der seit März 2015 herrschende Krieg hat einen Zusammenbruch der Wirtschaft, die extreme Verschlechterung der Ernährungssituation, der Gesundheitssituation und der medizinischen Versorgung zur Folge. Laut dem Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) bedürfen gegenwärtig 22,2 Millionen Menschen im Jemen, das sind 75% der Bevölkerung, einer Form humanitärer Unterstützung. Das ist eine Million mehr als im Jahr zuvor. Darunter ist ein Anteil von 11,3 Millionen Jemeniten, die akut auf Hilfe angewiesen sind. Insbesondere in den Gebieten mit fortgesetzten Kämpfen ist die tägliche Lebensführung kaum zu bewerkstelligen. Der OCHA-Bericht nennt die gegenwärtige Lage im Jemen, „the world’s worst man-made humanitarian crisis“.²

Deutschland hat an dieser Entwicklung eine Mitverantwortung.

Eine Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen besagt, dass die Bundesregierung im Jahr 2017 Rüstungsexporte für rund 1,3 Milliarden Euro an die am Jemen-Krieg beteiligten Länder genehmigte.³ Der größte Teil der militärischen Ausrüstung ging an Ägypten (708 Millionen Euro), Saudi-Arabien (254 Millionen) und die Vereinigten Arabischen Emirate (214 Millionen).

Saudi-Arabien bombardiert Ziele im Jemen mit Kampfflugzeugen des Typs „Panavia Tornado“ und „Eurofighter Typhoon“. Beide Flugzeuge sind Gemeinschaftsproduktionen europäischer Länder mit deutscher Beteiligung. Deutschland liefert Saudi-Arabien Ersatzteile für die Flugzeuge. Seit 2008 darf das Land bereits G3 und G36 Gewehre in deutscher Lizenz herstellen.⁴

Eine radikale Änderung deutscher Außen- und Exportpolitik kann im Jemen Menschenleben retten.

Die auf der Geberkonferenz der UN für den Jemen versprochenen deutschen Mittel von 40,7 Millionen US-Dollar sind zu begrüßen, können aber nur ein Anfang der deutschen Hilfe sein, insbesondere wenn sie den Profiten durch Rüstungsverkäufe gegenübergestellt werden.

2 <https://reliefweb.int/report/yemen/yemen-humanitarian-bulletin-issue-30-28-january-2018-enar>

3 <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/verteidigung-ruistungsexporte-in-milliardenhoehe-an-jemen-kriegsallianz-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180222-99-190069>

4 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/heckler-und-koch-waffenexport-saudi-arabien-g3-g-36-kontrolle>

2. Kein Krieg zwischen Israel und dem Iran

Die deutsche Sektion der IPPNW sieht mit großer Sorge die gefährlichen Entwicklungen im Nahen Osten, die jederzeit zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Israel und dem Iran führen können.

Wir fordern die Bundesregierung und Europäische Union auf, alle diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, um die USA, Israel und den Iran von weiteren Eskalationsschritten abzuhalten und das Atomabkommen mit dem Iran zu stärken statt zu schwächen.

Mittelfristig fordern wir erneut die Einberufung einer umfassenden Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) unter Einbeziehung aller Staaten der Region, angelehnt an den KSZE-Prozess in Europa.

Begründung:

Führende israelische Politiker haben dem Iran immer wieder unterstellt, gegen das Atomabkommen zu verstoßen und weiter an Atomwaffen zu forschen. Sie haben mit einem Angriff ("Präventivschlag") auf den Iran und indirekt auch mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Auch von Seiten der USA ist ein Militärschlag gegen den Iran seit der Machtübernahme durch die Republikaner immer wieder ins Spiel gebracht worden, zuletzt durch Trumps neuen Sicherheitsberater, John Bolton. Die angedrohte einseitige Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran stellt hierbei eine weitere Eskalationsstufe dar und steht in eklatantem Widerspruch zu den Erkenntnissen und Empfehlungen der zuständigen UN-Behörde IAEA. Gleichzeitig haben führende iranische Politiker und Geistliche immer wieder das Existenzrecht Israels in Frage gestellt und prophezeit, das "zionistische Regime" würde den Ablauf des Atomabkommens in 25 Jahren nicht mehr erleben.

Über diese größtenteils innenpolitisch motivierten verbalen Provokationen hinaus sind der Iran und Israel beide militärisch in den Krieg in Syrien involviert. Der Abschuss einer vermeintlichen iranischen Drohne über Israel, der Abschuss eines israelischen Flugzeugs im syrischen Luftraum, die wachsende iranische Militärpräsenz in Syrien und vor allem die Bombardierungen iranischer und syrischer Militärbasen in Syrien, die von vielen Beobachtern Israel zugeschrieben werden, bringen die gesamte Region an den Rand eines offenen Krieges zwischen den größten Militärmächten des Nahen Ostens.

Eine kriegerische Auseinandersetzung hätte katastrophale Folgen für die Zivilbevölkerung in beiden Ländern. Auch die Nachbarländer und die Golfstaaten, allen voran Saudi Arabien, könnten rasch in den Krieg hineingezogen werden und die ohnehin kriegsversehrten Länder Syrien, Irak und Libanon in neuer Gewalt versinken. Nicht zuletzt bestünde die Gefahr, dass sich ein solcher Krieg rasch über die Region hin zu einer globalen militärischen

Auseinandersetzung ausweiten könnte, mit Russland als Verbündeten des Irans und den USA auf Seiten Israels. Deutschland spielt als Verbündeter und wichtiger Waffenlieferant Israels ebenfalls eine bedeutende Rolle.

Es liegt im grundlegenden Interesse Deutschlands und der Weltgemeinschaft, eine militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und dem Iran zu verhindern und die Bundesregierung sollte alle ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen und wirtschaftlichen Kanäle nutzen, um eine solche Konfrontation abzuwenden.

Eine Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) könnte mit diplomatischer Unterstützung und auf Druck Russlands, der USA und der EU gleich mehrere Aspekte umfassen:

- Verhandlungen über einen gegenseitigen Nichtangriffspakt aller Staaten in der Region
- Verhandlungen über eine Begrenzung der Raketenreichweiten aller Staaten in der Region, angelehnt an vergleichbare Abrüstungsverhandlungen wie beispielsweise dem INF-Vertrag, der 1988 effektiv die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa beendete
- Die Errichtung einer Massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten
- Verhandlungen über konzertierte Maßnahmen zum Umgang mit Geflüchteten und Displaced Persons durch die Kriege in Syrien und dem Irak
- Die Schaffung von Strukturen der gemeinsamen Sicherheit sowie der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit
- Einvernehmliche Lösungen der beiden drängendsten völkerrechtlichen Fragen, nämlich der Selbstbestimmungsrechte des palästinensischen und des kurdischen Volkes entweder durch die Schaffung eigener Staaten oder durch Autonomierechte innerhalb bestehender Staatsgebilde.

3. Resolution

Deeskalation jetzt – Zivile Lösungen für Syrien

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW verurteilt die anhaltende Gewalt und militärische Auseinandersetzungen in Syrien durch alle Kriegsparteien, zudem die völkerrechtswidrige Bombardierung Syriens durch die USA, Großbritannien und Frankreich sowie den Einmarsch der Türkei in Nordsyrien. Laut Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages vom 18. April 2018 waren die von der Bundesregierung unterstützten Kriegshandlungen der NATO-Staaten gegen Syrien völkerrechtswidrig.

Krieg und Terror werden durch Diplomatie und Verhandlungen sowie durch gute und gerechte Lebensbedingungen überwunden. Die Verweigerung des Gesprächs (z.B. durch den Abbruch diplomatischer Beziehungen), die Belastung der Bevölkerung durch Sanktionen, der Ausschluss von relevanten Gruppen und Teilen der Bevölkerung von Friedensverhandlungen und die Unterstützung einer Kriegspartei sind destruktiv für die Sache des Friedens.

Stattdessen brauchen die Bürger*innen Syriens jetzt endlich ein Schweigen der Waffen und die Möglichkeit und Mittel, ihr Land wieder aufzubauen.

Daher fordert die IPPNW von der deutschen Bundesregierung

- Beendigung des Bundeswehreinsetzes in Syrien, Jordanien und der Türkei sowie an der östlichen Mittelmeerküste.
- Beendigung aller Rüstungsgeschäfte mit den Ländern des Nahen Ostens, insbesondere mit Saudi Arabien, Qatar, Ägypten, der Türkei und Israel.
- Beendigung der militärischen Zusammenarbeit mit allen am Krieg beteiligten Kräften.
- Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur syrischen Regierung, mit dem Ziel, auf alle Konfliktparteien konstruktiven Druck in Richtung inklusiver und umfassender Friedensverhandlungen ausüben zu können.
- Beendigung aller Sanktionen, die das humanitäre Leid der Zivilbevölkerung verschlimmern.
- Unterstützung eines umfassenden und inklusiven Friedensprozesses unter UN-Leitung.
- Unterstützung der zahlreichen lokalen Waffenstillstände und Unterstützung aller internationaler Bestrebungen, eine Waffenruhe für Syrien zu erreichen.
- Unterstützung von Versöhnungs- und Entfeindungsprogrammen.
- Unterstützung von Demokratieprojekten und gewaltfreiem Engagement von syrischen Bürger*innen; dabei sind insbesondere benachteiligte oder besonders vom Krieg betroffene Gruppen zu berücksichtigen.

- Unterstützung eines international getragenen Ausstiegsprogramms für ehemalige IS-Kämpfer*innen sowie Kämpfer*innen und Kämpfer*innen anderer bewaffneter Gruppen und Milizen.
- nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern der Region durch ausreichende finanzielle Unterstützung der UN-Flüchtlingsarbeit sowie die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland.

4. Klimawandel und Gesundheit

Die IPPNW setzt sich verstärkt für das Thema *Klimawandel und Gesundheit* ein.

Dies könnte geschehen durch einen eigenen Arbeitskreis *Gesundheit (Konflikt) und Klimawandel*, durch die Mitwirkung von IPPNW-Mitgliedern an den Themenclustern und/oder einer der Regionalgruppen der *Deutschen Allianz Klimawandel & Gesundheit* und durch den Beitritt zur *Deutschen Allianz Klimawandel & Gesundheit*.

Dieser Beschluss soll nach innen wie nach außen ein Signal setzen: Der Klimawandel ist real, überwiegend menschengemacht, stellt eine wachsende Gefahr für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen, die Umwelt und Mitwelt dar. Gerade auch der Gesundheitssektor ist aufgefordert, sich der "zentralen Herausforderung für die menschliche Gesundheit dieses Jahrhunderts" (Margaret Chan) zu stellen. Die IPPNW wird dazu ihren Beitrag leisten.

Begründung:

Die atomare Bedrohung hat 1980 zur Gründung der internationalen IPPNW geführt.

Der Klimawandel stellt eine ähnlich große Bedrohung für das Überleben und die Gesundheit der Menschen wie der Natur dar.^{5 6 7 8 9 10}

Der Klimawandel zeigt sich schon hier und jetzt und mit z.T. gravierenden Auswirkungen für den Planeten, die Gesundheit und das menschliche Wohlergehen. Diese werden mit weiterer Erderwärmung noch drastisch zunehmen. Dies gilt vor allem für die Länder des globalen Südens, aber auch für uns.

Der Klimawandel bedeutet nicht nur eine Krise der Umwelt, sondern er zerstört zunehmend unsere Lebensgrundlagen, mit weitreichenden Folgen für die (ökonomische) Entwicklung,

5 David McCoy et al, climate change and human survival (Bmj,2014)

6 Andy Haines: Health professionals must lead on climate change, Bmj (2016)
ders. bmj opinion: Climate change must be reframed as a health issue (1/2018)

7 Lancet Commission 2009: "The biggest global health threat of the 21st century"

8 "Climate change is the defining health treat of our time" (Margret Chan:ehem. WHO Generaldirektorin)

Gesundheit und Wohlergehen. Sie ist zudem ein potentieller Treiber von Kriegen, Konflikten, Flucht und Migration. Gleichzeitig gehen viele Klimaschutzmaßnahmen mit großem Nutzen für die Gesundheit einher (sog. co-benefits). In der Wissenschaft sind diese Zusammenhänge weitgehend anerkannt, (wenn auch mit Unbestimmtheit in Bezug auf die Langzeitprognosen, und im Einzelnen noch nicht hinreichend quantifiziert). Allerdings folgt dem Wissen noch nicht das notwendige Handeln. Die Transformation zu einer CO₂ armen Wirtschaft und Gesellschaft vollzieht sich nicht mit der Geschwindigkeit, derer sie bedarf und möglich wäre.

Das enge Zeitfenster, das uns bleibt, um die voraussichtlich verheerenden Folgen des Klimawandels noch abzuwenden, wird daher immer enger. Nur wenn alle Sektoren der Gesellschaft enorme Anstrengungen unternehmen, kann das Ziel des Pariser Klimagipfels, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad C zu begrenzen, noch erreicht werden.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Der neue Generalsekretär der WHO hat den Klimawandel zu einer Priorität der WHO erklärt. Der Weltärztebund fordert seine Mitgliedsorganisationen auf, Klimawandel prioritär auf die Tagesordnung zu setzen. Unsere britische Schwesterorganisation Medact hat *Climate and Environment* als einen ihrer vier Schwerpunkte (neben *peace and security; economic justice and human rights*) und nimmt eine führende Rolle in der UK Health and Climate Bewegung ein. Auch die Physicians for Social Responsibility (USA) haben - neben *nuclear weapons* und *nuclear power - environment and health als Schwerpunkt*.

Die große Bedeutung des Klimawandels für die Gesundheit ist allerdings - abgesehen von Nischen - unter den Gesundheitsberufen, in der deutschen Öffentlichkeit und der Politik noch wenig bekannt und der deutsche Gesundheitssektor hat sich in dieser Frage bisher kaum positioniert. Daher gilt es:

- Bewusstsein dafür zu schaffen, dass der Klimawandel als zentrale Herausforderung für die menschliche Gesundheit anerkannt wird,
- auf die politische Willensbildung für Klimaschutzmaßnahmen, die zugleich der Gesundheit dienen, einzuwirken,
- die sozialen und gesundheitlichen (externalisierten) Folgekosten in die Klimapolitik einzubeziehen
- bei der Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks im Gesundheitssektor wie im eigenen Verhalten voranzugehen.

In den letzten Jahren ist der Klimawandel zunehmend ein Thema in der IPPNW. So war *Klimawandel, Konflikt und Gesundheit* Schwerpunkt der Global Health Summer School 2017,

9 "Responding to climate change could be the greatest global health opportunity of the 21st century" (Lancet Commission 2015)

10 "Across the world, we are witnessing an unfolding public health emergency" (UK Health Alliance on Climate Change (2018))

die Klimakrise spielt beim *Medical Peace Work* eine große Rolle, die IPPNW hat das Positionspapier und die Aktion der "kritischen Mediziner*innen "Gesundheit braucht Klimaschutz" aktiv mit unterstützt und es zeigt sich auch in der Themensetzung dieser MV. Viele IPPNW-Mitglieder, insbesondere auch unter den Studierenden, sind in diesem Bereich bereits aktiv.

Die MV begrüßt diese Entwicklung und bittet den Vorstand diese Aktivitäten möglichst weiter auszubauen. Dies könnte geschehen durch einen eigenen Arbeitskreis *Gesundheit (Konflikt) und Klimawandel*, durch die Mitwirkung von IPPNW-Mitgliedern an den Themenclustern und/oder einer der Regionalgruppen der *Deutschen Allianz Klimawandel & Gesundheit* und durch den Beitritt zur *Deutschen Allianz Klimawandel & Gesundheit*.

5. Türkei: Verletzung von Menschenrechten beenden

Die Mitgliederversammlung der IPPNW fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die türkische Regierung:

- alle aus politischen Gründen verhafteten und verurteilten Menschen (Lehrer*innen, Journalist*innen, Rechtsanwält*innen, Ärzt*innen, besonders auch die gewählten Bürgermeister*innen und Abgeordneten) frei lässt.
- alle aus politischen Gründen Entlassenen wieder einstellt und das faktische Berufsverbot für sie aufhebt.

Weiterhin muss die Bundesregierung

- die Verletzung von Rechtsstaatlichkeit in der Türkei kritisieren und die Verletzung von Bürgerrechten und Menschenrechten nicht zugunsten von Waffengeschäften und Flüchtlingsabwehr hintan stellen.
- alle deutschen Rüstungslieferungen in die Region unterbinden
- darauf hinwirken, dass die türkische Armee sich aus Afrin zurückzieht, den Krieg beendet und stattdessen die Friedensverhandlungen mit der PKK wieder aufnimmt und sich bemüht, diese zu einem erfolgreichen Ende zu bringen.
- sich bemühen, eine „ehrliche Mittlerin“ zu sein zwischen der türkischen Regierung und den Kurd*innen mit ihren Vertreter*innen – sowohl der HDP als auch der PKK – und diese Vertreter*innen zu einem Friedensgespräch nach Deutschland einladen.
- in Deutschland die undifferenzierte Kriminalisierung der kurdischen Bewegung beenden und die PKK als eine der legitimen Vertreterinnen von Kurd*innen anerkennen.

- Zivilgesellschaftliche Projekte unterstützen, die auf Austausch und Verständigung ausgerichtet sind.

6. US-Air Base Ramstein: Stoppt die Steuerung der Drohnenangriffe – schließt den Kriegsstandort Air Base Ramstein!

Die deutsche IPPNW ruft dazu auf, die diesjährige Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“* vom 24. bis 30. Juni 18 zu unterstützen, die IPPNW-Mitglieder zur Teilnahme aufzurufen, einen angemessenen finanziellen Beitrag zu leisten, und in Öffentlichkeit und Presse die Anliegen der Kampagne zu vertreten:

- Schluss mit den völkerrechtswidrigen Drohnenangriffen der US-Luftwaffe, die von Ramstein aus in asiatischen und afrikanischen Ländern mit tödlichen Folgen für Tausende von Menschen gelenkt werden.
- Schluss mit der Drehscheiben-Funktion der Air Base Ramstein auch für Nachschub- und Truppentransporte in Einsatzgebiete der US-Army in ihrem sogenannten „Krieg gegen den Terror“
- Schließung der US-Air Base in Ramstein, Planung und Umsetzung eines zivilen Entwicklungsprogramms z.B. zur Reparatur der durch die Air Base angerichteten Umweltschäden für die Region, zur Schaffung nicht-militärischer Arbeitsplätze für die örtliche Bevölkerung.

Begründung:

Die Air Base im pfälzischen Ramstein, Teil eines ausgedehnten militärischen Stützpunktsystems in dieser Region mit zehntausenden dort stationierten US-Soldaten, ist seit Jahrzehnten Ausgangspunkt tödlicher Militäraktionen auf mehreren Kontinenten. Durch ihre Hinnahme dieser Kriegshandlungen trägt die deutsche Bundesregierung schwere Mitverantwortung für dieses tödliche Handeln der NATO-Vormacht USA.

Die Air Base Ramstein wie auch der Luftwaffenstützpunkt Büchel mit den dort stationierten Atombomben widersprechen dem Friedensgebot des deutschen Grundgesetzes ebenso wie internationalen Abkommen zur Abschaffung der Atomwaffen weltweit. In diesem Jahr wird es eine Aktionsverknüpfung des Protests an beiden Orten geben, die für Vorbereitung von Massenvernichtung und für Terror gegen wehrlose Menschen in drei Kontinenten stehen.

* Fahrplan Ramstein 2018 unter: <https://www.ramstein-kampagne.eu/2017/12/aktions-und-planungskonferenz-stopp-air-base-ramstein-fahrplan-2018/#more-5365>

7. Investitionen in Zivile Konfliktbearbeitung, Friedenserziehung und Rüstungskonversion anstatt in das 2%-Ziel der NATO

Die Mitgliederversammlung der IPPNW fordert die deutsche Bundesregierung und die deutsche Zivilgesellschaft auf, sich angesichts weiter steigender internationaler aber auch innergesellschaftlicher Spannungen verstärkt für Zivile Konfliktbearbeitung und für fairen Interessenausgleich einzusetzen. Neben dem Ende von Auslandseinsätzen, Aufrüstung und Rüstungsexporten fordert die deutsche IPPNW ein umfassendes Konzept Ziviler Konfliktbearbeitung.

Dazu gehören:

- die Abkehr von Drohungen und Sanktionen gegenüber der Zivilbevölkerung.
- Die Weiterentwicklung der Ansätze für zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung der Bundesregierung mit Hilfe der umgewidmeten Gelder aus dem Militärhaushalt. Wenn die vorgesehene Erhöhung des Wehretats auf 2% des Bruttoinlandsproduktes der zivilen Konfliktbearbeitung oder auch Maßnahmen zur Förderung sozialer Gerechtigkeit zugute kämen, wären dies große Fortschritte für Frieden und Sicherheit.
- Vielfältiger Einsatz der von der Friedens- und Konfliktforschung erarbeiteten Handlungsansätze, um sie zu erproben, weiterzuentwickeln und Menschen darin zu schulen.
- Behandlung der psychischen Traumafolgestörungen bei Kriegssopfern und bei SoldatInnen, allerdings ohne das Ziel, diese wieder „einsatzbereit“ zu machen.
- Förderung von Friedensorganisationen, Friedensforschung und Friedenserziehung.
- Förderung von Rüstungskonversion.

Begründung:

Die Förderung von einer auf Verständigung und Ausgleich bedachten internationalen Politik Deutschlands ist die richtige Antwort auf die von der NATO in Wales beschlossene und vom US-Präsidenten Trump immer wieder in Erinnerung gerufene Forderung, deutsche Rüstungsausgaben auf 2% des BIP fast zu verdoppeln.

Es gibt zaghafte Ansätze von Ziviler Konfliktbearbeitung in der deutschen Politik, z.B. den „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ von 2004 und die „Leitlinien zur Krisenprävention“ von 2017. Die zahlreichen Forschungen, Konzepte und Erfahrungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung (Ziviler Friedensdienst, Ausstiegsprogramme für radikalisierte Menschen, Friedensbildung an Schulen anstelle der Besuche von Jugendoffizieren der Bundeswehr u.a.) müssen als Querschnittsaufgabe deutscher Politik ernst genommen werden, gefördert und bekannt gemacht werden. In der Bevölkerung, aber auch gerade bei den politischen EntscheidungsträgerInnen, ist das Wissen über die Wirksamkeit der ZKB zu verbreiten. Die

Förderung von Friedensorganisationen und Friedensforschung muss erfolgen ohne die politische Beeinflussung für Zwecke, die nicht der Verhinderung von direkter und indirekter Gewalt dienen.

Die IPPNW unterstützt bereits sowohl zivilgesellschaftliche Initiativen für den Ausbau Ziviler Konfliktbearbeitung als auch Kampagnen der sozialen Bewegungen gegen die weitere Rüstungseskalation, wie „abrüsten statt aufrüsten“. Diesen Beitrag zum Frieden wird sie auch weiterhin leisten.

8. Gaza: 32 Tote – 5.000 Verletzte

Die Gewalt gegen friedliche Proteste muss beendet werden

Angesichts der extrem kritischen humanitären und komplexen politischen Lage beim „Great March of Return“ im Gaza und in der Westbank drängt die IPPNW den deutschen Außenminister Heiko Maas dazu, verstärkt auf die israelische Regierung einzuwirken, damit diese das Demonstrationsrecht der Menschen in Gaza und in den übrigen besetzten Gebieten respektieren möge. Das Recht auf Unversehrtheit und Gesundheit ist ein universelles Menschenrecht. Zuwiderhandeln kann vor dem internationalen Gerichtshof geahndet werden. Gerade die besondere Verantwortung Deutschlands Israel gegenüber begründet die Notwendigkeit, Israels Regierung von Verletzungen des humanitären Menschenrechts durch klare Stellungnahmen abzuhalten.

Seit dem 30. März 2018 demonstrieren im Gazastreifen und in der Westbank Zehntausende, um auf die große Not der palästinensischen Flüchtlinge und die elenden Lebensbedingungen unter der Blockade im Gaza-Streifen aufmerksam zu machen. Die Demonstrationen werden noch bis zum 14. Mai, dem israelischen Unabhängigkeitstag, für die Palästinenser dem Nakba-, dem Katastrophen-Tag, weiter gehen. Vom ersten Tag an reagierten die israelischen Truppen mit unverhältnismäßiger Gewalt. Die Soldaten setzten Gummigeschosse und Tränengas ein und schossen mit scharfer Munition auf die unbewaffneten Protestierenden.

Nach Aussagen der „Palästinensischen Mission“, der diplomatischen Vertretung Palästinas, in Deutschland „wurden seit Beginn der Demonstrationen 5.000 Palästinenser von israelischen Besatzungstruppen verletzt, 32 Palästinenser wurden in Folge der israelischen Gewalt getötet, darunter vier Kinder und ein Journalist. Die Mission forderte ebenso wie UN-Generalsekretär António Guterres, die Tötung unbewaffneter Zivilisten und den unverhältnismäßigen Einsatz von scharfer Munition sofort unabhängig und transparent zu untersuchen, was Israel ablehnte.

Begründung:

Die Mitgliederversammlung der IPPNW berühren besonders die vorliegenden Berichte medizinischer Kolleginnen und Kollegen von vor Ort. Laut Berichten von „Médicins sans Frontières“ und der in London ansässigen „Medical Aid for Palestinians“ muss das israelische

Militär Munition benutzt haben, die Verletzungen verursachen, wie sie seit 2014 (der letzte Gaza-Krieg) nicht mehr gesehen wurden.¹¹ Die MSF Teams berichten über Verletzungen mit extremer Zerstörung von Knochen und Weichteilen. MSF-Leiterin der MSF Mission in Palästina, Marie Elisabeth Ingres: „Bei der Hälfte der 500 Patienten, die wir in unserer Klinik behandelt haben, hat das Geschoss die Weichteile buchstäblich zerstört, nachdem es den Knochen pulverisiert hat. Diese Patienten brauchen komplexe chirurgische Eingriffe und die meisten werden für den Rest ihres Lebens behindert bleiben.“

Die WHO kritisiert Israel auch wegen Angriffen auf medizinische Hilfskräfte. 48 sollen bei den Versuchen, Verletzte in Sicherheit zu bringen, verwundet worden sein. Mindestens drei wurden von Kugeln getroffen, 13 Krankenwagen wurden mit Schusswaffen oder Tränengas angegriffen.

Der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe in den besetzten palästinensischen Gebieten James McGoldrick forderte Schutz für die palästinensischen DemonstrantInnen und rief zur Unterstützung der humanitären Partnerorganisation auf.¹²

9. Aufforderung zur atomaren Abrüstung

Umfassende, globale Abschaffung aller Nuklearwaffen weltweit, insbesondere und beginnend mit den am stärksten mit Atomwaffen gerüsteten Mächten - den USA und Russland - nur so kann unsere Forderung heißen, die aus einer humanen Vernunft gegenüber den entsetzlichsten Vernichtungswaffen hervorgehen muss.

Dies wird nicht unmittelbar vollständig durchzusetzen sein - als Zwischenetappe fordert die IPPNW: keine weitere nukleare Aufrüstung.

Für die deutsche Regierung muss das bedeuten: strikte Ablehnung der sogenannten Modernisierung der in Büchel gelagerten US-Atombomben. Stattdessen vollständiger Abzug der noch in Büchel gelagerten Nuklearwaffen, damit die Bundesrepublik den Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrags endlich Genüge tut. Weiter verlangt die deutsche IPPNW den Beitritt und die konsequente Einhaltung des Atomwaffenverbotsvertrags endlich auch durch die BRD und die Rückkehr zu einer von Dialog und Deeskalation geprägten Politik gegenüber Russland.

11 <https://www.haaretz.com/middle-east-news/palestinians/.premium-gaza-doctors-injuries-in-border-protests-worst-since-2014-war-1.6014013>

12 <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-coordinator-calls-protection-palestinian-demonstrators-gaza-alongside-support>

Begründung:

Alle Atomwaffenstaaten modernisieren derzeit ihre Arsenale und entwickeln Atomwaffen mit neuen Fähigkeiten. Durch Milliardeninvestitionen wollen die USA ihr Nuklearwaffenarsenal im Interesse einer größeren Eindringtiefe und größerer Zielgenauigkeit erneuern und bauen außerdem ein Raketenabwehrsystem auf. Auch die russische Seite rüstet ihrerseits massiv nuklear auf. Beide Seiten werfen sich gegenseitig Verletzungen des INF Vertrags zur Begrenzung von Mittelstreckenraketen vor, wodurch das Weiterbestehen des Vertrags in Gefahr ist. Der Neue-Start-Vertrag, der das strategische Wettrüsten zwischen den Supermächten begrenzt, läuft 2021 aus. Es besteht somit die Gefahr, dass es in wenigen Jahren für die beiden atomaren Supermächte keinerlei rechtlich verbindliche Grenzen mehr gibt.

In dieser hochgefährlichen Situation ist es von größter Dringlichkeit, dass Deutschland seiner Verantwortung gerecht wird und sich mit aller Kraft für Dialog und Abrüstung einsetzt. Die Ankündigung von Außenminister Heiko Maas, einen "harten Kurs gegenüber Russland" einschlagen zu wollen, lässt jedoch stattdessen eine weitere Abkehr von dem überlebenswichtigen außenpolitischen Grundprinzip des Dialogs mit Russland befürchten. Das Festhalten an den völkerrechtswidrig in Büchel stationierten US Atomwaffen erschwert die Beziehungen zu Russland weiter, die die geplante Modernisierung dieser Atomwaffen als Bedrohung wahrnehmen und bereits Gegenmaßnahmen angekündigt haben.

Die deutsche IPPNW erklärt ihre strikte Weigerung, sich an erneuter Feindbildproduktion gegenüber Russland, China oder anderen Konkurrenten der NATO zu beteiligen. Die horrenden Finanz-Mittel, die die Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten für die weitere nukleare und sonstige Waffenbeschaffung plant, sollen nach Willen der IPPNW für die wirklichen Sicherheitsbedürfnisse der Menschen eingesetzt werden: Ernährungssicherheit für Alle, Gesundheitsversorgung, Recht auf Bildung, Investitionen in den Klima- und Umweltschutz.

10. Projekt Menschenrechtstribunal durchführen

Die Mitgliederversammlung begrüßt die Planungen des AK Flucht und Asyl für ein Menschenrechtstribunal in 2019.

Der Vorstand möge den AK Flucht und Asyl dabei unterstützen, diese Veranstaltung vorzubereiten, in der Mitgliedschaft für Mitarbeit zu werben und die Möglichkeiten der Finanzierung zu prüfen. Dazu könnte auch die Beteiligung an der Finanzierung eines projektbezogenen Beschäftigungsverhältnisses gehören.

Das Projekt Menschenrechtstribunal soll eine dem Russel-Tribunal nachgestellte, von Schauspielern gespielte Veranstaltung sein, die inhaltlich an konkreten Fallbeispielen von realen Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten in Deutschland anknüpft.

Verschiedene Organisationen wie Forum Menschenrechte, Rechtsberaterkonferenz, Aktion für politische Schönheit und Pro Asyl sollen mit eingebunden werden.

Begründung:

Die Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten nehmen ständig zu. Dem wird aber mit zunehmenden Schweigen begegnet und hingenommen. Das Projekt „Menschenrechtstribunal“ soll sensibilisieren, aufrütteln und das von oben verordnete Schweigen zu den massiven Menschenrechtsverletzungen bei Aufnahme, Unterbringung, Durchführung der Asylverfahren und Abschiebungen von Geflüchteten durchbrechen. Die Form eines Tribunals erscheint dafür die geeignete zu sein. Eine hauptamtliche Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit ist wünschenswert.

11. Mayors for Peace und Russell-Einstein-Manifest

Der Vorstand wird gebeten, die Regionalgruppen und auch einzelne Mitglieder durch geeignete Aktionen zu unterstützen, damit sie die Bürgermeister*innen ihres Wohnortes zur Mitgliedschaft bei den Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) gewinnen können, um für die Vernichtung von Atomwaffen und für die friedliche Lösung von Streitigkeiten, das Verhindern von Kriegen im Sinne der Mayors for Peace und des Russell-Einstein-Manifestes einzutreten.

Begründung:

Nachdem 122 Regierungen den UN-Atomwaffenverbot-Vertrag mit erheblicher Mithilfe von ICAN beschlossen haben, ist es ein nächstes Ziel, auch die Bundesregierung und weitere Regierungen zur Unterschrift zu bewegen. Die Mayors for Peace als eine internationale Organisation von Bürgermeistern*innen, die sich der Friedensarbeit und insbesondere der atomaren Abrüstung verschrieben haben, unterstützen dieses Ziel.

Das Russell-Einstein-Manifest ist in einer ähnlichen Situation verfasst worden, wie wir sie heute in Syrien wieder finden. Es wendet sich gegen jeden Krieg und fordert friedliche Mittel zur Streitschlichtung. Insbesondere da der Einsatz heutiger Atomwaffen die Vernichtung aller Menschenrechte und humanitären Ansätze bedeutete.

In Braunschweig verbinden wir das Manifest von Russell und Einstein („Kein Krieg mehr!“) schon mit dem Gedenktag der Mayors for Peace. Seit dem Juli 2015 gestaltet die Friedensbewegung jährlich im historischen Rathaus mit Bürgermeistern unserer Stadt ein feierliches Gedenken. Wir wünschen uns ähnliche Veranstaltungen in allen Dörfern und Städten, die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbots-Vertrags, friedliche Streitschlichtung und Ächtung von Kriegen.

12. Vereinsnamen

Der Vorstand wird sich weiterhin mit dem von zahlreichen Mitgliedern vorgetragenen Anliegen befassen, den deutschen Teil des Vereinsnamens weiterzuentwickeln. Dabei sollen die Fragen der Gendersensibilität und der Inklusion aller Mitglieder berücksichtigt werden.